

Antrag

der Abgeordneten Stephan Protschka, Peter Felser, Bernd Schattner, Frank Rinck, Dietmar Friedhoff, Steffen Janich, Enrico Komning, Uwe Schulz, Marc Bernhard, Jörn König, Edgar Naujok, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Heimische Landwirtschaft und tropischen Regenwald schützen – Nein zum geplanten Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Europäische Union (EU) und die Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay hatten sich 2019 nach fast 20-jähriger Verhandlungsdauer auf ein umfassendes Assoziierungsabkommens zur Bildung der größten Freihandelszone der Welt verständigt (<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/assoziierungsabkommen-zwischen-der-eu-und-den-mercosur-staaten.html>). Im Rahmen des Ratifizierungsprozesses müssen alle nationalen Parlamente dem Abkommen zustimmen, bevor es in Kraft treten kann. Abgelehnt wurde der Text in seiner jetzigen Form bereits von den Parlamenten Österreichs, der Niederlande sowie der französischsprachigen Region Belgiens (<https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/mercosur-abkommen-frankreich-lehnt-ratifizierung-in-jetziger-form-ab/>). Frankreich und Irland lehnen das Mercosur-Abkommen ebenfalls ab. Außerdem hat sich das Europäische Parlament in mehreren Abstimmungen klar dagegen ausgesprochen (<https://www.wochenblatt-dlv.de/politik/mercosur-frankreichs-agrarminister-lehnt-abkommen-ab-568357>; <https://www.deutschlandfunk.de/mercosur-handelspakt-eu-politiker-parlament-wird-dem-100.html>).

Falls das Abkommen in Kraft treten sollte, wird es erhebliche negative Auswirkungen auf die europäischen Agrarmärkte und die Umwelt haben. Die Mercosur-Staaten sind vor allem bei den Agrarprodukten Rindfleisch, Zucker, Ethanol und Geflügel sehr wettbewerbsfähig. Im Rahmen des Abkommens sollen die Märkte ausgerechnet für diese sensiblen Agrargüter geöffnet werden.

Über einen Zeitraum von fünf Jahren will die EU den Import von 99.000 Tonnen Rindfleisch mit einem Zollsatz von 7,5 Prozent, 180.000 Tonnen Geflügel zollfrei, 450.000 Tonnen Ethanol zur Verwendung in der chemischen Industrie zollfrei sowie weiteren 200.000 Tonnen Ethanol für alle anderen Verwendungszwecke mit einem Drittel des derzeit hohen Kontingentzollsatzes von bis zu 19 Euro/Hektoliter zulassen. Außerdem soll mit Paraguay ein zollfreies Kontingent von 10.000 Tonnen Zucker vereinbart werden (https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158141.pdf). Das Bun-

desministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) machte bereits 2019 deutlich, dass es in dem Fall im Agrarbereich mit einem Anstieg des Exportvolumens auf Seiten des Mercosur rechne. Studien prognostizieren einen Rückgang der Einkommen in der europäischen und deutschen Landwirtschaft, insbesondere im Bereich Fleischerzeugung (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, 2019, „Auswirkungen des geplanten EU-Mercosur-Abkommens auf die Landwirtschaft und die Rindfleischproduktion in Deutschland“, WD 5 – 3000 – 085/19). Von Seiten der europäischen und deutschen Landwirte werden deshalb berechnete Zweifel geäußert, dass die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens die heimische Wirtschaft und Landwirtschaft schwächt und die hohen europäischen Standards untergräbt (<https://www.wochenblatt-dlv.de/politik/wiederbelebung-mercotur-abkommens-copa-spricht-skandal-571135>).

Ein weiterer großer Kritikpunkt ist, dass das Mercosur-Abkommen den Entwaldungsdruck in der Amazonasregion erheblich verstärken wird. Unterschiedliche Studien gehen nach Inkrafttreten des Handelsabkommens von einer zusätzlichen Abholzung von 122.000 bis zu 700.000 Hektar Wald aus, wovon der größte Teil tropischer Regenwald ist. Daran würden auch die weichen Bestimmungen im Nachhaltigkeitskapitel wenig ändern können (https://amazon.org.br/wp-content/uploads/2020/12/Amazon_report_mercosul-december2020.pdf; <https://amerika21.de/2022/02/256864/omal-beleuchtet-eu-mercotur-handel>; https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/Auswirkungen%20des%20EU-Mercosur%20Abkommens%20auf%20Agrarhandel%20und%20SDGs_2.pdf; https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/march/tradoc_156631.pdf).

Die Antragsteller sind der Auffassung, dass internationaler Handel die Grundlage unseres Wohlstands und des friedlichen Miteinanders ist. Freihandel darf allerdings nicht auf dem Rücken der heimischen Bauernfamilien ausgetragen werden. Das Mercosur-Abkommen gewährleistet der europäischen und deutschen Landwirtschaft keine fairen Wettbewerbsbedingungen. Durch die weitgehenden Zugeständnisse bei den genannten sensiblen Agrargütern, wird die ohnehin schon schwierige wirtschaftliche Situation in der deutschen Landwirtschaft weiter verschlechtert und die Existenz tausender bäuerlicher Familienbetriebe gefährdet. Unter diesen Umständen muss die Ratifizierung des Mercosur-Abkommens daher unbedingt abgelehnt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten nicht zu ratifizieren, solange es Zollkontingente beziehungsweise Freihandelsquoten für Zucker, Ethanol, Rindfleisch und Geflügelfleisch beinhaltet.

Berlin, den 22. November 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion